

Nun auch Wehr- und Sicherheitsforschung?

Die Max-Planck-Gesellschaft zwischen Geschichte und Gegenwart / Von Christian Schwägerl

BERLIN, 30. Oktober. „Ich weiß nicht, ob in unserem Vortragssaal schon jemals zuvor ein Panzer gezeigt worden ist“, sagt Ulrich Gösele, Direktor am Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle. In der vergangenen Woche war es soweit. Kaliai Ramesh von der amerikanischen Johns-Hopkins-Universität demonstrierte den Teilnehmern der „NanoSecurity“, einer von Gösele organisierten Konferenz, wie man mit Hilfe der Nanotechnologie panzerbrechende Geschosse von ungekannter Durchschlagskraft herstellen kann. Auch die anderen angereisten Nanotechnologen stellten erstaunliche Projekte vor: neuartiges Pulver, das Informationen darüber abstrahlt, welche chemischen Kampfstoffe der Feind einsetzt; künstliche Haut, mit der Roboter Wände hochkrabbeln können; hochempfindliche Meßinstrumente, die Bioterroristen überführen und medizinische Diagnosen erleichtern.

Doch mit seiner Konferenz hat Gösele nicht nur Bilder von Panzern, sondern auch Unfrieden an das Max-Planck-Institut gebracht. Er wolle das Institut militarisieren, sagen seine Kritiker. Der Wissenschaftler, in dessen Labor die unbekanntesten Eigenschaften der Materie in der Kleinstdimension von einem millionstel Millimeter erforscht werden, weist den Vorwurf zurück. Als Grundlagenforscher müsse er wissen, was auf seinem Feld passe und welche Themen an Bedeutung gewännen.

„Wir haben schon viel darüber gehört, wie Nanotechnologie die Medizin und die Chip-Produktion verändern wird, nun wollten wir einen Überblick, was in

der Wehr- und Sicherheitsforschung geschieht“, sagt Gösele. Er könne sich durchaus vorstellen, Forschungsthemen aus dem Spektrum der „NanoSecurity“ aufzugreifen, nie und nimmer panzerbrechende Geschosse, aber vielleicht die Frage, wie man sensible Daten in Nanostrukturen vor dem Zugriff von Terroristen schützt oder neuartige Sprengstoffe erkennt.

Den Direktor der zweiten Experimentalgruppe am Institut, Jürgen Kirschner, versetzen die Interessen seines Kollegen in Rage. „Wir kommen in ein völlig falsches Fahrwasser“, sagt Kirschner. Die Max-Planck-Gesellschaft mit ihren achtzig Instituten müsse sich grundsätzlich von allem fernhalten, was mit Wehr- und Sicherheitsforschung zu tun habe – vor allem wegen der dunklen Verwicklung ihrer Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in die Rüstungsforschung vor und während der beiden Weltkriege.

Er wolle nicht heute und damals gleichsetzen, aber die Geschichte dürfe nicht vergessen werden, sagt Kirschner. „Wehr- und Sicherheitsforschung betreiben können die Fraunhofer-Institute oder die Bundeswehr, denen bleibt das unbenommen, aber für uns verbietet sich das“, sagt er. Um sein Ziel durchzusetzen, fährt er schweres Geschütz auf: „Fritz Haber sollte uns ein warnendes Beispiel sein.“ Haber entwickelte im Ersten Weltkrieg als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie chemische Kampfstoffe, die in Belgien eingesetzt wurden.

Kirschner hat noch andere Sorgen. Forschung im Wehr- und Sicherheitsbereich

gehe mit Geheimniskrämerei einher, was gegen die Grundprinzipien der Max-Planck-Gesellschaft verstoße. „Wenn man das alles ins Internet stellt, könnten sich doch auch die Terroristen bedienen“, sagt er. Außerdem fürchtet er um seinen Alltag: „Ich will weder einen Sicherheitszaun um unser Institut ziehen noch einen gepanzerten Dienstwagen bestellen müssen, weil wir selbst zur Zielscheibe werden.“

Die beiden Nanoforscher tragen einen Konflikt aus, der im Zeitalter von globalem Terror und Anti-Terror-Kampf anderen deutschen Forschungseinrichtungen noch bevorsteht: Ist es ein Gebot der Zeit, sich in den Dienst der Wehr- und Sicherheitsforschung zu stellen, um Gefahren von der Gesellschaft abzuwenden? Oder sollte man sich davon abgrenzen, um jeden Mißbrauch auszuschließen?

Gösele wehrt sich gegen „schiefe historische Vergleiche“ und Ignoranz gegenüber Wehr- und Sicherheitsfragen. Auch die Max-Planck-Gesellschaft könne die Augen vor der Welt nicht verschließen. Als Beispiel nennt er die Siliziumscheiben, mit denen er sich in zweckfreier Grundlagenforschung befaßt. Wenn man diese mit einfachen Ätzverfahren behandle, entstehe ein potenter Sprengstoff. „Heißt das nun, daß wir ganz die Finger davon lassen sollen oder daß wir diesen Sprengstoff verstehen und detektieren lernen?“ fragt er. Die Aversion gegen seine Interessen hält er für doppelzünftig: „Die Leute wollen am Flughafen und anderswo vor Terrorismus geschützt werden, aber wie das geht, soll niemand erforschen.“

Nach den Worten des Forschers ist es nicht möglich, Grundlagenforschung etwa von ihrer Anwendung etwa im Militär- und Sicherheitsbereich zu trennen. „Ich war am Lawrence Livermore Laboratory in Kalifornien, einem Zentrum der Wehr- und Sicherheitsforschung. Die haben nicht nur ein Budget, so groß wie das aller Max-Planck-Institute zusammen, die kannten auch alle unsere Arbeiten und haben sie in ihren Kontext übersetzt“, sagt Gösele.

Im Verlauf der „NanoSecurity“ habe er zahlreiche ethische Probleme identifiziert, das sei ja der Sinn der Konferenz gewesen. Gemeinsam mit den jungen Wissenschaftlern am Max-Planck-Institut werde er entscheiden, ob neue Forschungsfragen aufgegriffen werden. „Ich dränge niemandem etwas auf“, sagt Gösele. Die Amerikaner teilten ihre neuen Sicherheitstechnologien nicht mit anderen Ländern. „Wenn wir da etwas wollen, müssen wir es schon selber machen und natürlich alles publizieren“, sagt Gösele.

Der Streit in Halle hat in Windeseile die Spitze der ehrwürdigen Max-Planck-Gesellschaft erreicht – und alarmiert. Präsident Peter Gruss setzte den brisanten Fall umgehend auf die Tagesordnung der Präsidiumssitzung und ließ, wie sein Sprecher sagt, „zunächst die unterschiedlichen Problemebenen skizzieren“. Diese umfaßten „das Spannungsverhältnis zwischen Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, die Freiheit der Forschung und auch unser Selbstverständnis“. Alle Grundsatzfragen würden nun der gesamten Max-Planck-Gesellschaft zur Diskussion gestellt. Ziel sei ein allgemeingültiger Verhaltenskodex. „Geheimforschung“ bleibe aber tabu.